

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellung



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Druckpreis monatl. 1,20 M. (Halbmonat 0,60 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Hauptbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Hauptbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Ehrenhonorar der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 27. April 1929 Nummer 98

Montag Urabstimmung in der Dresdner Metallindustrie!

Stimmt gegen „Annahme“ und nehmt den Kampf auf!

Metallarbeiter, macht Schluß mit dem Kuhhandel!

Der Inhalt des Schiedspruches wird verschwiegen

Dresden, den 27. April 1929.

Ein „neuer“ Schiedspruch wurde am 25. April für die sächsische Metallindustrie gefällig. Die reformistische Bürokratie verheimlicht den Inhalt des Schiedspruches, der der gleiche ist, wie er in der freien Vereinbarung enthalten war, mit der einzigen Veränderung, daß die Laufdauer des Tariffs um einen Monat verlängert wurde. Das neue Schlichtungsverfahren wurde nur deshalb vereinbart, um die Möglichkeit zu schaffen, den Metallarbeitern die freie Vereinbarung, die sie mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt haben, durch eine Verbindlichkeitsklärung auszusparen.

Die Reformisten spielten in dieser Lohnbewegung mit den Interessen der sächsischen Metallarbeiter mit einer unerhörten Rücksichtslosigkeit. Nachdem die große Mehrheit der Arbeiter den Schiedspruch abgelehnt hatte, haben sich die Bürokraten mit den Metallindustriellen wieder in die Dunkelkammer begeben und zusammen eine neue geheime Vereinbarung ausgehandelt. Um die Metallarbeiter zu betrügen, wurde man sich einmütig, einem Schlichtungsausschuß die Entscheidung zu überlassen. Dieser verheimlicht die alte abgelehnte Vereinbarung mit geringfügigen Veränderungen, wie der Verlängerung der Laufdauer um einen Monat, als funktionsgeladenen Schiedspruch, der dann im Geheimen in der Vereinbarung verbindlich erklärt werden kann.

Inwieweit wird der inoffiziell abgeschlossene „Burgfrieden“ durch den der DGB verpflichtet wird,

während des tariflosen Zustandes keine Kampfmaßnahmen einzuleiten, von den Reformisten strikt eingehalten. Von den neuen wochenlangen Verhandlungen erfahren die Metallarbeiter nicht ein Wort; über den Inhalt des Schiedspruches wird geschwiegen.

Dieser ungeheure Skandal hat bei der Metallarbeiterschaft eine große Empörung ausgelöst. Die DGB-Bürokratie wartet es daher nicht, den Spruch offen zu loben, sie schweigt, wo es irgend möglich ist und verläßt durch Beeinflussung der Metallarbeiter eine Annahme zu erzielen.

Deshalb verlegte sie die Urabstimmung außerhalb der Betriebe.

In sentimentalen Worten warnten Köhler und Händel in den Betriebsversammlungen, wo sie sprachen, vor dem Kampf mit dem Hinweis, daß ein sächsischer Metallarbeiterstreik „große Auswirkungen für die Wirtschaft“ habe. Im Interesse der Wirtschaftsdemokratie will man die sächsischen Metallarbeiter zwingen, den Schiedspruch anzunehmen.

Die sächsische Metallarbeiterschaft darf sich von den Bürokraten nicht länger an der Nase herumführen lassen!

Mag Hoels in München

Trotz Polizeiverbot!

München, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Seitern hat Mag Hoels, dem die Arbeiterchaft stürmisch Ovationen bereitet, hier in einer Versammlung trotz Polizeiverbot dreiviertel Stunden gesprochen. Er erzählte von seinen Zuchthauserlebnissen und forderte die Arbeiterchaft auf, in ihrem Kampf nicht zu erlahmen. Der Saal war abgeperrt, so daß die Polizei nicht hineingelangen konnte. Der Versammlungsleiter Willy Fischer wurde aufgefordert, sich vor der Polizei zu verantworten, weil er Mag Hoels trotz dem Verbot sprechen ließ. Er erklärte, daß er die Versammlung nicht verlassen könne, da er sie leiten müsse. Nach Mag Hoels sprach Genossin Traube Hoels.

Selbst die offizielle, nichtsagende Meldung über den Schiedspruch läßt erkennen, daß er keine Verbesserung bedeutet. Mit 1 bis 5 Wetzelpfennigen für die Lohnarbeiter, bei völliger Ausschaltung der Arbeiter, die der übergroße Preijensfuß der Metallarbeiter sind, sollt ihr auf 1 1/2 Jahre hinaus abgepeist werden. Durch gleichzeitige Verlängerung des Manteltariffes, der nicht gekündigt ist und erst im Herbst abläuft, soll auch die Möglichkeit genommen werden, in den kommenden Monaten einen Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu führen. Seit Beginn der ersten Verhandlungen sind schon Mo-

nate vergangen. Die Teuerung steigt dauernd und die Reformisten feilschen und luhhandeln.

Die Dresdner Metallarbeiter müssen darum bei der Urabstimmung am Montag auf dem Stimmzettel das Wort „Annahme“ durchstreichen

und müssen wie die Dresdner Heizungsmonteur und Installateure geschlossen in den Streik treten. Nur im Kampf können die Metallarbeiter ihre berechtigten Forderungen von 15 Pf. Lohnhöhung pro Stunde durchsetzen. Sofort müssen überroll revolutionäre Kampfaktionen zur Führung des Streiks gewählt werden.

Metallarbeiter! Erkennt eure Aufgabe, zeigt, daß ihr gewillt seid, gegen Unternehmertum und den Geheimhändler der reformistischen Bürokratie zu kämpfen! Geht alle zur Urabstimmung! Stimmt gegen den Schiedspruch!

Der Dresdner Rat provoziert die Straßenbahner!

Erklose Entlassung für Feiern angekündigt — Dr. Albrecht stellt Dormmüller in den Schatten — Die reformistische Bürokratie deckt diese Provokation — Straßenbahner! Antwortet durch Teilnahme an der kommunistischen Demonstration!

Die Dresdner Straßenbahner haben in Betriebsversammlungen der einzelnen Bahnhöfe zu der Arbeitsruhe am 1. Mai Stellung genommen und einmütig beschlossen, am 1. Mai, dem Kampftag des Weltproletariats, Arbeitsruhe zu fordern. Diesem Beschluß der Belegschaften trat der Betriebsrat der Straßenbahner bei. Bei den mit der Direktion geführten Verhandlungen zeigte es sich, daß der reaktionäre Dresdner Rat unter allen Umständen einen Kampf mit den Dresdner Straßenbahnern provozieren will. Rentat lehnte der Dezerent Dr. Albrecht den Beschluß der Straßenbahner ab und erklärte, daß es am 1. Mai keine vollständige Arbeitsruhe gäbe, sondern daß an diesem Tage genau so wie an den bürgerlichen Feiertagen gearbeitet werden müsse. Albrecht erklärte weiter, daß er auf den Bahnhöfen einen Anschlag anbringen lassen werde, in dem bekannt gegeben würde, daß alle bei der Straßenbahn Beschäftigten, die nicht dienstfrei sind, die am 1. Mai nicht zum Dienst erscheinen, als rekruten entlassen gelten.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion brachte am Donnerstag einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie forderte, daß auf Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums der 1. Mai auch bei der Dresdner Straßenbahn durchgeführt wird.

In Einheitsfront lehnten Sozialdemokraten und Deutschnationale die Dringlichkeit des kommunistischen Antrags ab

und stimmten der Ueberweisung dieses Antrages durch den Vorsteher an den Verwaltungsrat zu. Diese Stellungnahme der Sozialdemokraten, unter denen sich auch Gewerkschaftsangehörige befinden, ist überaus bezeichnend. In allen Aufrufen, die die Reformisten zum 1. Mai herausgaben, wird auch nicht mit einem Wort von der Arbeitsruhe am 1. Mai gesprochen. Im Gegenteil, die Ortsausschüsse des DGB haben festgelegt, daß man im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft von einer Arbeitsruhe absehen müsse und es genüge, abends in größeren Lokalen eine schöne Festrede anzuhören. Die Metallarbeiterzeitung Nr. 17 vom 27. April überschreibt ihre Matnummer „Der Arbeiterchaft heiliger Tag“ und in dem Leitartikel „Der 1. Mai Kampf- und Kulturtag“ erklärt sie folgendes:

„Die Arbeiter sollten sich in feierlichem Aufmarsch die Straße erobern, sollten sich zählen, und die Macht ihrer Zahl fühlen, sollten wissen, daß zur gleichen Stunde über alle

Grenzen hinweg auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Länder in solidarischer Verbundenheit dem gleichen Ziele dienen. Das war der Sinn der Maidandgebung vor 40 Jahren, so ist es bis zum heutigen Tage.“

Diese Stellungnahme der reformistischen Führung der größten Gewerkschaftsorganisation zeigt, daß die Herren noch nie den 1. Mai als den Tag betrachtet haben, der es sein soll, der Kampftag des Proletariats, der Tag, an dem Millionen Arbeiter der ganzen Welt aufmarschieren und für das Ziel des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft und der Errichtung des Sozialismus demonstrieren.

Die Dresdner Straßenbahner, die durch die Betriebsrätewahl ihr erstes offenes Bekenntnis zur revolutionären Gewerkschaftsopposition zum Ausdruck brachten, müssen zu dieser schamlosen Drohung des Dresdner Rates eindeutig Stellung nehmen. In sofort einberufenen Belegschaftsversammlungen werden die Dresdner Straßenbahner die Provokation des Rates und des Stadtverordnetenkollegiums beantworten. Die Dresdner Straßenbahner werden den Reaktionen zeigen, daß ihnen

das gleiche Recht zusteht wie allen Staats- und Gemeinbedarbeitern.

Selbst die Damesreishsbahn, die gewiß nur selten in reaktionären Beschlüssen übertrifft werden kann, hat ihren Beschäftigten freigestellt, ob sie am 1. Mai auch in Landesweite die Arbeit ruhen lassen wollen, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist. Sogar für Dormmüller ist es eine Selbstverständlichkeit, daß in Sachse die Betriebs- und Reparaturwerkstätten am 1. Mai geschlossen sind.

Die Maßnahme des Dresdner Verkehrsdezernenten Dr. Albrecht widerspricht aber auch im vollen Umfang der von der Sozialdemokratie so viel gepriesenen Weimarer Verfassung,

denn diese Maßnahme bedeutet nichts anderes als wie die Aufhebung der Streik- und Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Dieses Recht aber werden sich die Dresdner Straßenbahner nicht nehmen lassen, sie werden Mittel und Maßnahmen finden, um gemeinsam mit der übrigen Dresdner Arbeiterchaft am 1. Mai unter den Fahnen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei zu demonstrieren. Die Dresdner Straßenbahner werden auch am 12. Mai den reaktionären Provokateuren und ihren sozialdemokratischen Handlangern antworten durch Werbung und Stimmenabgabe

für die kommunistische Partei, Liste 5!

● Sonntag allgemeine Flugblattverbreitung für Liste 5
Flugblätter heute noch bei Verteilungsstellen abholen!